Die Linke
Landesverband Sachsen-Anhalt

Eine (Wieder-)einführung der Wehrpflicht braucht unseren Widerstand – in der gesellschaftlichen Debatte und in praktischer Unterstützung!

Die Regierungskoalition aus SPD und CDU hat nunmehr die Debatte um die Wiedereinführung der Wehrpflicht nicht nur in Gang gebracht, sondern bereits konkrete Gesetzesvorhaben vorgelegt.

Diese Debatte sowie auch die konkreten Vorhaben der Koalition sind ein weiterer Baustein dafür, das gesellschaftliche Klima an Militarisierung und die so genannte „Kriegstüchtigkeit“ zu gewöhnen. Alternativen dazu geraten in den Hintergrund: „Krieg“ wird als normalisierter Zustand in der Welt unterstellt, statt genau das zu hinterfragen. Gerahmt wird die Wehrpflicht vor allem durch vermeintliche patriotische Gesten, dem eigenen Land Stärke zu verleihen.

All diejenigen, die sich einer solchen Wehrpflicht entziehen wollen und sie sehr grundsätzlich als Zwangsdienst im Interesse der Militarisierung der Gesellschaft kritisieren, werden so in eine Schublade von „Feigheit“ und „Egoismus“ gedrängt.

Dem wollen wir etwas entgegensetzen. Wir wollen beraten, unterstützen und eine kritische Debatte in Gang bringen.

- Der Landesvorstand wird deshalb gebeten, einen möglichen und gleichermaßen rechtssicheren Weg für eine Verweigerung der Wehrpflicht zu erarbeiten und den Genoss:innen in den Kreisverbänden zur Verfügung zu stellen.
- Gemeinsam mit den Kreisverbänden soll beraten werden, welche weiteren praktischen Unterstützungsmöglichkeiten entwickelt und umgesetzt werden können, um sich hier politisch unterstützend zu engagieren.

Besonders ansprechen wollen wir dabei Verweiger:innen von Wehrpflicht und Kriegsdienst, Menschen, die in der Vergangenheit Wehrpflicht und Grundausbildung ableisteten und dem nun kritisch gegenüberstehen, Menschen die von Armut betroffen sind, denen ökonomische Vorteile von Wehrpflicht versprochen werden.

Darüber hinaus werden wir uns gegen jede Form von Werbung und Normalisierung von Krieg und Militarisierung in Bildungseinrichtungen stark machen. Werbungs- und vermeintliche Aufklärungskampagnen der Bundeswehr haben in Kitas, Schulen oder Beruflichen Schulen nichts zu suchen.

Beschluss der 1. Tagung des 10. Landesparteitages der Partei Die Linke Landesverband Sachsen-Anhalt am 15. November 2025 in Leuna.

Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig beschlossen.